DIE TAGESZEITUNG
junge Welt



PRIVAT

Gekapert

Kampftag von rechts: Neonaziaufmärsche am 1. Mai sind nicht einfach nur Zusammenrottungen von nostalgischen Spinnern. Die Besetzung des Feiertags hat eine lange Tradition und arbeitet mit subkulturellen Codes. Von Bernd Langer

SEITEN 12/13

GEGRÜNDET 1947 · **FREITAG, 28. APRIL 2017** · NR. 99 · 1,60 EURO (DE), 1,80 EURO (AT), 2,30 CHF (CH) · **PVST A11002** · ENTGELT BEZAHLT **WWW.JUNGEWELT.DE**

Begehr
Russland erhöht Druck auf Belarus.
3 Billiges Öl und Gas sollen sich lohnen – für Moskau

Revolutionär
Berliner Marathon: Am 1. Mai finden so
4 viele radikal linke Kundgebungen statt wie noch nie

Abkehr
Caracas verlässt Organisation Amerikanischer Staaten. Gewaltsame
7 Proteste fordern Todesopfer

Elitär
In Berlin trafen sich die angeblich
15 wichtigsten Frauen der Welt. Protest vor dem Tagungsort

Aggression gegen Damaskus



AMMAR AWAD/REUTERS

Israel bombardiert erneut Ziele in Syrien. Damit sabotiert Tel Aviv den Kampf gegen den »IS« und andere Dschihadisten.

Von Knut Mellenthin

Ein israelisches Kampfflugzeug fliegt vom Norden des Landes aus zu einem »Einsatz« im Libanon (Archivfoto)

Am frühen Donnerstag morgen erschütterten mehrere laute Explosionen die syrische Hauptstadt Damaskus und ihre Umgebung. Die staatlichen Medien des Landes und der Fernsehsender der libanesischen Hisbollah, *Al-Manar*, sprachen von einem israelischen Angriff, der vermutlich mit mehreren Raketen erfolgte. Getroffen wurden diesen Berichten zufolge ein Treibstoffdepot und ein Waffenlager der Nähe des zivilen Flughafens von Damaskus.

Israelische Medien zitierten am gestrigen Nachmittag angebliche Äußerungen eines als anonyme syrische »Militärquelle« bezeichneten Mannes gegenüber dem libanesischen Nachrichtenportal *Al-Naschra*. Den Berichten zufolge kündigte er an, dass Syrien auf den israelischen Militärschlag »antworten« werde. Er behaupte ferner, der Angriff sei von den seit 1967 besetzten Golanhöhen ausgegangen. Die syrische Armee und ihre Verbündeten würden fortfahren, »die neuen israelischen Pläne« an der Grenze zu vereiteln und »die Kollaborateure des Feindes zu vernichten«.

Erst vor wenigen Tagen hatten israelische Streitkräfte den Stützpunkt einer regierungsfreundlichen Miliz bei der Stadt Kuneitra im nicht von Israel besetzten Teil der Golanhöhen beschossen. Nach örtlichen Berichten wurden dabei drei Kämpfer getötet. Israelische Stellen nannten keinen Grund für diesen Angriff, der offenbar unprovoziert war und dem Kampf gegen den »Islamischen Staat« (IS) und andere terroristische Organisationen schadete. Das gleiche gilt für die gezielte Zerstörung von militärischem Nachschub am Donnerstag.

Eine Sprecherin der israelischen Streitkräfte verweigerte einen Kommentar zu dem gestrigen Luftangriff. Auch Geheimdienstminister Israel Katz wollte bei einem Gespräch mit dem israelischen Armeesender keine Stellungnahme abgeben. Er sagte aber, dass der Militärschlag mit Israels Grundsatz übereinstimme, keine Waffenlieferungen aus dem Iran an die Hisbollah zuzulassen.

Die israelische Luftwaffe hatte zuletzt am 17. März ein Waffenlager in Syrien zerstört. Im Gegensatz zur üblichen Praxis gab es damals ein ausdrückliches Bekenntnis israelischer Militärstellen, nachdem die syrische Luftabwehr eine Rakete gegen die vier angreifenden Kampfflugzeuge eingesetzt hatte. Am 6. April schossen die USA 59 »Tomahawk«-Raketen auf einen Militärflughafen in Syrien ab. Vorwand war die unbewiesene und unlogische Behauptung, Regierungsstreitkräfte hätten Giftgas eingesetzt. Die Trump-Regierung weigert sich immer noch, sich an einer internationalen Untersuchung des Zwischenfalls zu beteiligen, bei dem 80 Menschen getötet worden waren. Zu den Staaten, die sich sofort blindlings mit der US-amerikanischen »Strafaktion« solidarisierten, gehörte auch Deutschland. Medien, die bis dahin nur als scharfe Trump-Kritiker aufgetreten waren, jubelten plötzlich dem US-Präsidenten zu. Immerhin hatte er mit dieser Aktion das Verhältnis zu Russland weiter verschlechtert und nachhaltig belastet.

Der britische Außenminister Boris Johnson scheint überzeugt, dass es bei dem einmaligen Luftangriff der USA nicht bleiben wird. Am Donnerstag deutete er im Radioprogramm der *BBC* die Bereitschaft der konservativen Regierung an, sich künftig direkt an solchen Aktionen gegen Syrien zu beteiligen. Eine Beteiligung des Parlaments an einer entsprechenden Entscheidung sei nicht erforderlich.

Offenbar rechtes Attentat verhindert

Bundeswehr-Offizier soll sich als Flüchtling getarnt und Anschlag geplant haben

Die Polizei hat im bayerischen Hammelburg einen 28jährigen Bundeswehr-Soldaten wegen des Verdachts auf Anschlagsplanungen festgenommen. Dem Oberleutnant werde vorgeworfen, Ende Januar auf dem Wiener Flughafen Schwechat eine geladene Pistole versteckt zu haben, teilte die Staatsanwaltschaft Frankfurt am Donnerstag mit. Offenbar gibt es auch Anhaltspunkte für eine rechte Gesinnung des aus Offenbach stammenden Offiziers. Er habe sich als syrischer Flüchtling ausgegeben, unter falschem Namen Asyl beantragt und seit Januar 2016 monatliche Zahlungen erhalten. Der Mann habe keinen Migrationshintergrund und spreche auch kein Arabisch. »Warum das nicht aufgefallen ist, vermag ich nicht zu sagen«, erklärte Oberstaatsanwältin Nadja Niesen.

Aufgefallen sei der Soldat, als er am 3. Februar versucht habe, die Pistole wieder an sich zu nehmen. Die österreichischen Behörden hätten ihn dabei vorübergehend festgenommen. Für die Pistole des Kalibers 7,65 mm habe der Mann keine Waffenerlaubnis gehabt, erklärte Niesen. Bei der Pistole dürfte es sich vermutlich auch nicht um eine Dienstwaffe handeln, da die Standardpistole der Bundeswehr das Kaliber neun Millimeter hat. Die Staatsanwaltschaft gehe davon aus, dass der Soldat »möglicherweise eine schwere staatsgefährdende Gewalttat im Sinne eines Anschlags geplant hat«, sagte Niesen. In das Vorhaben war nach Niesens Angaben auch ein 24jähriger Student aus Offenbach einbezogen. Aus Sprachnachrichten gehe hervor, dass beide eine fremdenfeindliche Gesinnung hätten.

Rund 90 Beamte des Bundeskriminalamtes, der Polizei in Hessen und Bayern, der Bundespolizei sowie der österreichischen und französischen Behörden durchsuchten am Mittwoch insgesamt 16 Objekte. Darunter seien auch Diensträume der Bundeswehr. Die Ermittler hätten umfangreiches Beweismaterial beschlagnahmt, vor allem Mobiltelefone, Laptops und schriftliche Unterlagen. Bei dem Studenten seien zudem Gegenstände sichergestellt worden, die unter das Waffengesetz, das Kriegswaffenkontrollgesetz beziehungsweise das Sprengstoffgesetz fielen. (Reuters/jW)

Generalstreik in Brasilien

Brasília. Zu einem landesweiten 24stündigen Ausstand am heutigen Freitag haben Brasiliens Gewerkschaftszentralen aufgerufen. Der Aktionstag unter dem Motto »Brasilien wird stillstehen« richtet sich gegen die Regierung von Präsident Michel Temer und deren Gesetzesvorhaben für eine sogenannte Reform der Sozialversicherung mit Rentenkürzungen und zur Aushöhlung des Arbeitsrechts. Beschäftigte aus allen Branchen – darunter Metallurgie, Bauwesen, Chemische Industrie, Post und Bildung – haben ihre Beteiligung angekündigt. Es wird einer der größten Generalstreiks in der Geschichte Brasiliens erwartet. Der öffentliche Personennahverkehr und der Gütertransport sollen stillstehen, die größten Flughäfen werden aufgrund der Arbeitsniederlegung geschlossen bleiben. Der Generalstreik wird von den wichtigsten sozialen Bewegungen und den linken Parteien des Landes unterstützt. (pst)

EU-Parlament rügt SPD-Kanzlerkandidaten


MICHAEL KAPPELER/DPA-BILDFUNK

Brüssel. Das EU-Parlament hat seinen früheren Präsidenten Martin Schulz wegen der Affäre um die Bezahlung von Mitarbeitern gerügt. In einem am Donnerstag in Brüssel verabschiedeten Haushaltsbericht werfen die Abgeordneten dem SPD-Kanzlerkandidaten vor, er habe sich »selbst ermächtigt«, eine »in der Höhe nicht begrenzte Sonderzulage an seine Kabinettsmitglieder vergeben zu können«. Vergünstigungen für Markus Engels, der heute Wahlkampfmanager von Schulz ist, und für andere Mitarbeiter bezeichneten sie als »kritikwürdig«.

Die EU-Antibetrugsbehörde Olaf hat nach Angaben des Onlineportals *Politico* vom Donnerstag unterdessen entschieden, keine Untersuchung gegen Schulz zu eröffnen, »da es keine Anhaltspunkte für Betrug oder Unregelmäßigkeiten gab«. (AFP/jW)

jW wird herausgegeben von 2.036 Genossinnen und Genossen (Stand 31.3.2017)
www.jungewelt.de/lpg

4 198625 901607 50017